

Die Internationale

Eine Monatschrift für Praxis
und Theorie des Marxismus

Herausgegeben von
Kosa Luxemburg und Franz Mehring.



Inhalt des Heftes

Zur Einführung.

Der Wiederaufbau der Internationalen. Von Kosa
Luxemburg.

Wer zahlt die Kriegskosten? Von Johannes Kämpfer.

„Sozialismus wohin wir blicken.“ Von Paul Lange.

Unsere Frauen und der nationale Frauendienst. Von
Käte Dunder.

Für den Frieden. Von Klara Zetkin.

Aus den Parlamenten:

1. Der Reichstag in der preussischen Landtagsfraktion. Von
Heinrich Ströbel.

2. Die Besetzung der Reichstagsfraktion.

Die Geheimlehre und der Mythos. Von A. Thalheimer.

Unsere Altmeister und die Instanzenpolitik. Von Franz
Mehring.

Literarische Rundschau.



Preis 30 Pfg.

Verantwortlich für Verlag und Redaktion: Peter Berten;
Druck von A. Gerisch & Co., G. m. b. H., beide Düsseldorf.

Die Internationale

Eine Monatschrift für Praxis und Theorie des Marxismus

April 1915

Ausgegeben am 15. April 1915

Heft 1

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Zur Einführung.

Diese Monatschrift verdankt ihre Entstehung der Genossin Luxemburg. Sie hatte bereits den einleitenden Aufsatz über den Wiederaufbau der Internationalen verfaßt und mehrere Mitarbeiter gewonnen als sie ein Opfer des berühmten Burgfriedens wurde. Sie ist dadurch auf Jahr und Tag ihrer öffentlichen Wirksamkeit entrisen worden, aber diese ehrenvolle Auszeichnung mußte ihre Parteifreunde um so mehr anspornen, das von ihr begonnene Werk fortzuführen, bis sie der Fesseln entledigt ist, die sie an jeder Mitwirkung hindern.

Unsere Aufgabe ist die gleiche, wie die Aufgabe der ersten, internationalen Monatschrift, die Karl Marx herausgab: Selbstverständigung über die Kämpfe der Zeit. Diese Selbstverständigung ist notwendig geworden durch die unheilvolle Verwirrung, die die Wirbel des Weltkrieges in der internationalen und zumal in der deutschen Arbeiterwelt hervorgerufen haben. So gilt es, von neuem, die einigende, sammelnde und stärkende Kraft zu erproben, die der Marxismus noch in jeder Schicksalsstunde des proletarischen Emanzipationstampfes bewährt hat.

Das Bekenntnis zu seiner Praxis und Theorie ist das einfache Programm dieser Zeitschrift.

Der Wiederaufbau der Internationalen.

Von Rosa Luxemburg.

I.

Am 4. August 1914 hat die deutsche Sozialdemokratie politisch abgedankt und gleichzeitig ist die sozialistische Internationale zusammengebrochen. Alle Versuche, diese Tatsache zu leugnen oder zu verschleiern, haben, gleichviel aus welchen Motiven sie hervorgehen mögen, objektiv nur die Tendenz: jene verhängnisvollen Selbsttäuschungen der sozialistischen Parteien, jene inneren Gebrechen der Bewegung, die zum Zusammenbruch geführt haben, zu verewigen, zum bewußten Normalzustand zu erheben, die sozialistische Internationale auf die Dauer zur Fiktion, zur Heuchelei zu machen.

Der Zusammenbruch selbst ist in der Geschichte aller Zeiten beispiellos. Sozialismus oder Imperialismus — diese Alternative faßte erschöpfend die politische Orientierung der Arbeiterparteien im letzten Jahrzehnt zusammen. Sie wurde namentlich in Deutschland in zahllosen Programmreden, Volksversammlungen, Broschüren und Zeitungsartikeln als die Lösung der Sozialdemokratie, als ihre Auffassung von der gegenwärtigen Geschichtsphase und deren Tendenz formuliert.

Mit dem Ausbruch des Weltkrieges ist das Wort zum Fleische, die Alternative aus einer geschichtlichen Tendenz zur politischen Situation geworden. Gestellt vor diese Alternative, die sie zuerst erkannt und zum Bewußtsein der Volksmassen gebracht hatte, strich die Sozialdemokratie die Segel, räumte kampflos dem Imperialismus den Sieg ein. Noch nie, seit es eine Geschichte der Klassenkämpfe, seit es politische Parteien gibt, hat es eine Partei gegeben, die in dieser Weise, nach fünfzigjährigem unaufhörlichen Wachstum, nachdem sie sich eine Machtstellung ersten Ranges erobert, nachdem sie Millionen um sich geschart hatte, sich binnen vierundzwanzig Stunden so gänzlich als politischer Faktor in blauen Dunst aufgelöst hat, wie die deutsche Sozialdemokratie. An ihr, gerade weil sie der bestorganisierte und bestdisziplinierte Vortrupp der Internationalen war, läßt sich der heutige Zusammenbruch des Sozialismus am klarsten nachweisen.

Kautsky, der als Vertreter des sogenannten „marxistischen Zentrums“ oder politisch gesprochen: als der Theoretiker des Sumpfes, schon seit Jahren die Theorie zur willfährigen Magd der offiziellen Praxis der „Parteiinstanzen“ degradiert und dadurch zu dem heutigen Zusammenbruch der Partei reiblich beigetragen hat, hat auch jetzt schon eine neue Theorie gerade zur Rechtfertigung und Beschönigung des Zusammenbruchs zurecht gedacht. Danach soll die Sozialdemokratie zwar ein Instrument des Friedens, aber kein Mittel gegen den Krieg sein. Oder, wie Kautskys getreue Schüler im österreichischen „Kampf“ mit vielen Seufzern über die heutigen Verirrungen der deutschen Sozialdemokratie dekretieren: die einzige Politik, die dem Sozialismus während des Krieges gezieme, sei „das Schweigen“; erst wenn die Friedensglocken läuten, beginne er wieder in Funktion zu treten. *) Diese Theorie des freiwillig übernommenen Eunuchentums, die die Tugend des Sozialismus nur dadurch wahren zu können glaubt, daß sie ihn in den entscheidenden Momenten der Weltgeschichte als Faktor ausschaltet, leidet am Grundfehler aller Rechnungen der politischen Impotenz: sie ist nämlich ohne den Wirt gemacht.

Gestellt vor die Alternative: für oder gegen den Krieg, ist die Sozialdemokratie in dem Augenblick, wo sie das „Gegen“ preisgegeben hat, durch der Geschichte ehernes Muß gezwungen worden, ihr volles Gewicht für den Krieg in die Waagschale zu werfen. Derselbe Kautsky, der in der denkwürdigen Fraktionsberatung des 3. August für die Bewilligung der Kredite plädierte und dieselben „Austromarxisten“ (wie sie sich selbst nennen), die auch jetzt im „Kampf“ die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Fraktion als eine Selbstverständlichkeit hinnehmen, vergießen gelegentlich Tränen über die nationallistischen Erzeugnisse der sozialdemokratischen Parteiorgane und über ihre ungenügende theoretische Schulung, namentlich in der haar-scharfen Zerspaltung des Begriffes „Nationalität“ und anderer „Begriffe“, die angeblich an jenen Verirrungen schuld sei. Aber die Dinge

*) Siehe den Artikel Fr. Adlers im Januar-Heft des „Kampf“.

haben ihre Logik, auch wo die Menschen sie nicht haben wollen. Nachdem die Sozialdemokratie sich mit ihrer parlamentarischen Vertretung für die Unterstützung des Krieges entschieden hatte, wickelte sich alles andere von selbst mit der Unabwendbarkeit des historischen Geschehens ab.

Mit dem 4. August hat die deutsche Sozialdemokratie, weit entfernt zu „schweigen“, eine hochwichtige geschichtliche Funktion übernommen: als Schildknappe des Imperialismus im gegenwärtigen Kriege. Napoleon sagte einmal: zwei Faktoren entscheiden über den Ausgang einer Schlacht, der „irdische“ Faktor, als da sind Terrain, Beschaffenheit der Waffen, atmosphärische Wirkungen usw., und der „göttliche“ Faktor, d. h. die moralische Verfassung des Heeres, seine Begeisterung, sein Glaube an die eigene Sache. Für den „irdischen“ Faktor im gegenwärtigen Kriege sorgte auf deutscher Seite am meisten die Firma Krupp in Essen, der „göttliche“ kommt in erster Linie auf das Konto der Sozialdemokratie. Die Dienste, die diese der deutschen Kriegführung seit dem 4. August geleistet hat und jeden Tag leistet, sind unermesslich. Die Gewerkschaften, die mit dem Ausbruch des Krieges alle Lohnkämpfe an den Nagel gehängt haben, und alle Sicherheitsmaßnahmen der Militärbehörden zur Verhütung von Volksunruhen mit dem Nimbus des „Sozialismus“ umgeben; die sozialdemokratischen Frauen, die ihre ganze Zeit und Kraft der sozialdemokratischen Agitation entziehen, um sie, Arm in Arm mit bürgerlichen Patriotinnen, zur Beschwichtigung notleidender Kriegerfamilien zu verwenden; die sozialdemokratische Presse, die mit einigen Ausnahmen ihre Tageblätter, Wochen- und Monatschriften dazu gebraucht, um den Krieg als nationale Sache und Sache des Proletariats zu propagieren, um je nach der Wendung des Krieges die Russengefahr und die Greuel der Zarenregierung auszumalen, das perfide Albion dem Hasse des Volkes preiszugeben, über die Aufstände und Revolutionen in fremden Kolonien zu jubeln, die Wiedererstarkung der Türkei nach diesem Kriege zu prophezeien, den Polen, Ruthenen und allen Völkern die Freiheit zu versprechen, der proletarischen Jugend kriegerische Tapferkeit und Heldennut beizubringen, — kurz, die öffentliche Meinung und die Volksmasse vollkommen für die Ideologie des Krieges zu bearbeiten; die sozialdemokratischen Parlamentarier und Parteiführer endlich, die nicht bloß Geldmittel für die Kriegführung bewilligen, sondern jede beunruhigende Regung des Zweifels und der Kritik als „Quertreiberi“ in den Volksmassen schneidig zu ersticken suchen, ihrerseits aber durch persönliche Dienste distreter Natur wie durch Broschüren, Reden und Artikel von echestem deutsch-nationalem Patriotismus die Regierung unterstützen — wo war ein Krieg in der Weltgeschichte, in dem Ähnliches geschah?

Wo und wann ist die Aufhebung aller Verfassungsrechte mit solcher Selbstverständlichkeit ergeben worden? Wo ist je der strengsten Pressezensur aus den Reihen der Opposition ein solcher Hymnus gesungen worden, wie in einzelnen Blättern der deutschen Sozialdemokratie? Noch nie hat ein Krieg solche Bindare, nie eine Militärdiktatur solchen Gehorsam gefunden, nie hat eine politische Partei alles, was sie war und besaß, so inbrünstig auf dem Altar einer Sache hingegeben, gegen die bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen sie sich und der Welt tausendmal geschworen hatte. Gemessen an dieser Wandlung sind die Nationalliberalen wahre römische Katone, rochers de bronze. Gerade die mächtige Organisation, gerade die vielgepriesene Disziplin der deutschen Sozialdemokratie bewährten sich

darin, daß der Viermillionen starke Körper sich auf Kommando einer Handvoll Parlamentarier in vierundzwanzig Stunden wenden und vor einen Wagen spannen ließ, gegen den Sturm zu laufen sein Lebensziel war. Die fünfzigjährige Vorbereitungsarbeit der Sozialdemokratie verwirklicht sich im heutigen Kriege, dessen Wucht und siegreiche Kraft auf deutscher Seite von den Gewerkschaften wie von Parteiführern in hohem Maße als Frucht der „Schulung“ der Massen in den proletarischen Organisationen beansprucht wird. Marx, Engels und Lassalle, Liebknecht, Bebel und Singer schulten das deutsche Proletariat, damit Hindenburg es führen kann. Und je höher die Schulung, die Organisation, die berühmte Disziplin, der Ausbau der Gewerkschaften und der Arbeiterpresse in Deutschland als in Frankreich, um so wirksamer die Kriegshilfe der deutschen Sozialdemokratie im Vergleich zur Kriegshilfe der französischen. Mitsamt ihren Ministern erscheinen die Sozialisten Frankreichs im ungewohnten Handwerk des Nationalismus und der Kriegführung als wahre Stümper, wenn man ihre Taten mit den Diensten vergleicht, die die deutsche Sozialdemokratie und die deutschen Gewerkschaften dem vaterländischen Imperialismus leisten.

II.

Die offizielle Theorie, die den Marxismus für den jeweiligen Hausbedarf der Parteinstanzen zur Rechtfertigung ihrer Tagesgeschäfte nach Belieben mißbraucht und deren Organ die „Neue Zeit“ ist, versucht die kleine Unstimmigkeit zwischen der heutigen Funktion der Arbeiterpartei und ihren gestrigen Worten dadurch zu erklären, daß der internationale Sozialismus sich zwar viel mit der Frage beschäftigt habe, was gegen den Ausbruch des Krieges, nicht aber damit, was nach seinem Ausbruche zu unternehmen sei. *) Als gefälliges Mädchen für alle versichert uns diese Theorie, daß zwischen der heutigen Praxis des internationalen Sozialismus und seiner Vergangenheit die schönste Harmonie obwalte, daß keine der sozialistischen Parteien sich etwas vorzuerwerfen hätte, was ihre Zugehörigkeit zur Internationale in Frage stellen würde. Gleichzeitig hat aber diese schmiegsame und biegsame Theorie auch schon eine ausreichende Erklärung in der Tasche für den Widerspruch zwischen der heutigen Position der internationalen Sozialdemokratie und ihrer Vergangenheit, ein Widerspruch, der nun doch das blödeste Auge schlägt. Die Internationale habe nur die Frage der Verhütung des Krieges ventiliert. Nun aber „war der Krieg da“, wie die Formel heißt und nun stellte es sich heraus, daß nach Ausbruch des Krieges ganz andere Verhaltensmaßregeln für die Sozialisten gelten, als vor dem Kriege. Sobald der Krieg da sei, gelte für jedes Proletariat nur noch die Frage: ob Sieg oder Niederlage. Oder wie ein anderer „Auktomarxist“, Fr. Adler mehr naturwissenschaftlich-philosophisch erklärt: die Nation müsse wie jeder Organismus vor allem ihr Dasein behaupten. Auf gut deutsch heißt das: es gibt für das Proletariat nicht eine Lebensregel, wie es der wissenschaftliche Sozialismus bisher verkündete, sondern es gibt deren zwei: eine für den Frieden und eine für den Krieg. Im Frieden gelte im Innern jedes Landes der Klassenkampf, nach außen die internationale Solidarität, im Kriege gelte im Innern die Klassensolidarität, nach außen der Kampf zwischen den Arbeitern verschiedener Länder. Der welt-historische Appell des Kommunistischen Manifests erfährt eine wesent-

*) Siehe den Artikel Kautskys in der „Neuen Zeit“ vom 2. Oktober v. J.

liche Ergänzung und lautet nun nach Kautskys Korrektur: Proletarier aller Länder, vereinigt euch im Frieden und schneidet euch die Gurgeln ab im Kriege! Also heute „jeder Schuß ein Ruß, — jeder Stoß ein Franzos“, und morgen nach Friedensschluß: „seid umschlungen Millionen, diesen Ruß der ganzen Welt“. Denn die Internationale ist „im wesentlichen ein Friedensinstrument“, aber „kein wirksames Werkzeug im Kriege“. *)

Diese gefällige Theorie eröffnet nicht bloß reizvolle Perspektiven für die sozialdemokratische Praxis, indem sie die Wandelbarkeit der Fraktion Drehscheibe, gepaart mit dem Jesuitismus des Zentrums, geradezu zum Grunddogma der sozialistischen Internationalen erhebt. Sie inauguriert auch noch eine ganz neue „Revision“ des historischen Materialismus, eine Revision, gegen die alle ehemaligen Versuche Bernsteins als ein harmloses Kinderpiel erscheinen. Die proletarische Taktik vor Ausbruch des Krieges und nach diesem Ausbruch soll ganz verschiedenen, ja direkt entgegengesetzten Richtlinien folgen. Das setzt voraus, daß auch die gesellschaftlichen Bedingungen, die Grundlagen unserer Taktik, im Frieden und im Kriege grundverschieden sind. Nach dem historischen Materialismus, wie ihn Marx begründet hat, ist die ganze bisherige geschriebene Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen. Nach Kautskys revidiertem Materialismus muß hinzugefügt werden: ausgenommen die Kriegszeiten. Demnach verläuft die gesellschaftliche Entwicklung, da sie seit Jahrtausenden von Kriegen periodisch durchsetzt ist, nach folgendem Schema: eine Periode der Klassenkämpfe, darauf Pause, worin Zusammenschluß der Klassen und nationale Kämpfe, darauf wieder eine Periode der Klassenkämpfe, wieder Pause und Zusammenschluß der Klassen und so mit Grazie fort. Jedesmal werden die Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens im Frieden durch den Kriegsausbruch auf den Kopf gestellt, die der Kriegsperiode mit dem Augenblick des Friedensschlusses umgestülpt. Das ist schon, wie man sieht, nicht mehr eine Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung „in Katastrophen“, gegen die sich Kautsky einst mit anderen „Quertreibern“ zu wehren hatte; das ist eine Theorie der Entwicklung — in Wurzelbäumen. Die Gesellschaft bewegt sich hier etwa wie der treibende Eisberg im Frühlingsgewässer, der, wenn seine Basis im lauen Strom ringsherum abgeschmolzen ist, nach einer gewissen Zeit den Kopfsturz macht, worauf sich daselbe niedliche Spiel periodisch wiederholt.

Nun schlagen aber diesem revidierten Geschichtsmaterialismus nicht bloß alle bekannten Tatsachen der bisherigen Geschichte derb ins Gesicht, indem sie, statt des frisch konstruierten Gegenfaktes zwischen Krieg und Klassenkampf, vielmehr schon sinnfällig einen ständigen dialektischen Umschlag der Kriege in Klassenkämpfe und der Klassenkämpfe in Kriege und so ihre innere Wesenseinheit aufzeigen. So in den Kriegen der mittelalterlichen Städtegeschichte, so in den Reformationskriegen, so in dem niederländischen Befreiungskrieg, so in den Kriegen der großen französischen Revolution, so in dem amerikanischen Sezessionskrieg, so in dem Pariser Kommuneraufstand, so in der großen russischen Revolution des Jahres 1905. Auch rein abstrakt-theoretisch genommen läßt Kautskys Theorie des historischen Materialismus von der marxistischen Theorie, wie eine kurze Ueberlegung klar macht, nicht einen Stein auf dem anderen bestehen. Wenn nämlich, wie Marx

*) Siehe den Artikel Kautskys in der „Neuen Zeit“ vom 27. November vorigen Jahres.

annimmt, sowohl Klassenkampf wie Krieg nicht vom Himmel fallen, sondern sich aus tiefliegenden ökonomisch-sozialen Ursachen ergeben, dann können beide nicht periodisch schwinden, wenn ihre Ursachen sich nicht in blauen Dunst auflösen. Nun ist der proletarische Klassenkampf nur eine notwendige Folgerscheinung des Lohnverhältnisses wie der politischen Klassenherrschaft der Bourgeoisie. Aber während des Krieges schwindet das Lohnverhältnis nicht im geringsten, im Gegenteil wird seine Wucht durch Spekulation und Gründerfieber, die auf dem üppigen Boden der Kriegsindustrie blühen, sowie durch den Druck der Militärdiktatur auf die Arbeiter gewaltsam gesteigert. Die politische Klassenherrschaft der Bourgeoisie hört ebensowenig im Kriege auf: im Gegenteil, sie wird durch die Aufhebung der Verfassungsrechte zur nackten Klassendiktatur erhoben. Wie kann also, da die ökonomischen und politischen Quellen des Klassenkampfes im Kriege zehnfach stärker in der Gesellschaft sprudeln, ihre unausbleibliche Folge, der Klassenkampf aufhören? Umgekehrt ergeben sich Kriege der heutigen Geschichtsperiode aus den Konkurrenzinteressen der Kapitalistengruppen und aus dem Ausdehnungsbedürfnis des Kapitals. Beide Triebfedern wirken aber nicht bloß während die Kanonen dröhnen, sondern auch in den Friedenszeiten, wodurch sie gerade den Ausbruch der Kriege vorbereiten und unvermeidlich machen. Ist doch der Krieg — wie Kautsky mit Vorliebe aus Clausewitz zitiert — nur „die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“. Und hat doch gerade die imperialistische Phase der Kapitalsherrschaft durch das Wettrüsten den Frieden illusorisch gemacht, indem sie im Grunde genommen die Diktatur des Militarismus, den Krieg in Permanenz erklärt hat.

Daraus ergibt sich für den revidierten Geschichtsmaterialismus ein Entweder — Oder. Entweder ist der Klassenkampf auch im Kriege das übermächtige Daseinsgesetz des Proletariats, und die Proklamierung der Klassenharmonie an dessen Stelle im Kriege durch die Parteieninstanzen ein Frevel wider die proletarischen Lebensinteressen. Oder der Klassenkampf ist auch im Frieden ein Frevel gegen die „nationalen Interessen“ und die „Sicherheit des Vaterlandes“. Entweder der Klassenkampf oder die Klassenharmonie ist der fundamentale Faktor des gesellschaftlichen Lebens im Kriege wie im Frieden. Praktisch sieht die Alternative noch deutlicher aus: Entweder wird die Sozialdemokratie, wie ehemalige junge Draufgänger und heutige alte Betschwesterinnen in unseren Reihen bereits reumütig ankündigen, vor der vaterländischen Bourgeoisie pater peccavi sagen und auch im Frieden ihre ganze Taktik und ihre Grundsätze gründlich revidieren müssen, um sich ihrer heutigen sozial-imperialistischen Position anzupassen. Oder sie wird vor dem internationalen Proletariat pater peccavi sagen und ihr Verhalten im Kriege ihren Prinzipien im Frieden anpassen müssen. Und was für die deutsche, gilt selbstverständlich auch für die französische Arbeiterbewegung.

Entweder bleibt die Internationale ein Haufen Trümmer auch nach dem Kriege, oder ihre Auferstehung beginnt auf dem Boden des Klassenkampfes, aus dem sie allein ihre Lebensäfte zieht. Sie wird nicht etwa durch das Hervorziehen der alten Leier nach dem Kriege wieder aufleben, auf der frisch-fromm-fröhlich und frei, wie wenn nichts geschehen wäre, die alten Melodien vorgespielt werden, die bis zum 4. August die Welt bezauberten. Nur durch eine „grausam gründliche Verhöhnung der eigenen Halbheiten und Schwächen“, des eigenen moralischen Falls seit dem 4. August, durch die Liquidierung der ganzen

Taktik seit dem 4. August kann der Wiederaufbau der Internationalen beginnen. Und der erste Schritt in dieser Richtung ist die Aktion für die schnelle Beendigung des Krieges, wie für die Gestaltung des Friedens nach dem gemeinsamen Interesse des internationalen Proletariats.

III.

Zwei verschiedene Richtungen sind bis jetzt in den Reihen der Partei, soweit es sich um die Frage des Friedens handelt, in den Vordergrund getreten. Die eine durch das Parteivorstandsmitglied Scheidemann, durch mehrere andere Reichstagsabgeordnete und Parteiblätter vertreten, gibt als Echo der Regierung die Losung des „Durchhaltens“ aus und bekämpft die Bewegung für den Frieden als unzeitgemäß und gefährlich für die militärischen Interessen des Vaterlandes. Diese Richtung befürwortet die Fortsetzung des Krieges, sorgt also objektiv dafür, daß der Krieg im Sinne der herrschenden Klassen „bis zum Siege, der den Opfern entsprechen wird“, bis zum „gesicherten Frieden“ fortgeführt werde. Mit anderen Worten sorgen die Anhänger des „Durchhaltens“ dafür, daß die objektive Tendenz des Krieges möglichst nahe an all die imperialistischen Eroberungen heranführt, die von der „Post“, von den Rohrbach, Dix und anderen Propheten der Weltherrschaft Deutschlands als das Ziel des Krieges offen ausgesprochen worden sind. Wenn nicht alle diese schönen Träume zur Wirklichkeit und die Bäume des jungen Imperialismus noch nicht in den Himmel wachsen werden, wird es so wenig die Schuld der „Post“-Leute sein wie ihrer Schrittmacher in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie. Nicht die feierlichen „Erklärungen“ im Parlament „gegen jede Eroberungspolitik“ sind offenbar maßgebend für den Ausgang des Krieges, sondern die Befürwortung des „Durchhaltens“. Der Krieg, für dessen Fortsetzung Scheidemann und andere eintreten, hat seine eigene Logik, deren berufene Träger diejenigen kapitalistisch-agrarischen Elemente sind, die heute in Deutschland im Sattel sitzen, nicht aber die bescheidenen Figuren der sozialdemokratischen Parlamentarier und Redakteure, die ihnen bloß die Steigbügel halten. In dieser Richtung kommt die sozialimperialistische Haltung der Partei zum offensten Ausdruck.

Während auch in Frankreich die Parteiführer — freilich aus einer ganz anderen militärischen Situation heraus — an der Parole des „Durchhaltens bis zum Siege“ festhalten, macht sich allmählich in allen Ländern immer mehr eine Bewegung für die baldigste Beendigung des Krieges bemerkbar. Was am schärfsten all diese Friedensgedanken und Friedenswünsche kennzeichnet, ist die sorgfältige Aufstellung von Friedensbürgschaften, die bei der Beendigung des Krieges zu fordern sind. Nicht bloß die übereinstimmende Forderung: keine Eroberungen, sondern eine ganze Reihe neuer Forderungen tauchen da auf: allgemeine Abrüstung, oder bescheidener: planmäßige Einschränkung des Wettrüstens, Abschaffung der Geheimdiplomatie, Freihandel für alle Nationen in den Kolonien und was der schönen Dinge mehr sind. Bewundernswert ist in all diesen Klängen zur künftigen Beglückung der Menschheit und zur Verhütung künftiger Kriege der unerwüßliche Optimismus, der, aus der furchtbaren Katastrophe des gegenwärtigen Krieges unverfehrt hervorgegangen, noch am Grabe alter Hoffnungen neue — Resolutionen pflanzt. Wenn der Zusammenbruch des 4. August etwas bewiesen hat, so ist es die welthistorische Lehre, daß

eine wirksame Bürgschaft des Friedens und ein tatsächlicher Schutzwall gegen Kriege nicht fromme Wünsche, nicht schlau erfundene Rezepte und utopische Forderungen sind, die man an die herrschenden Klassen richtet, sondern einzig und allein der tatkräftige Wille des Proletariats, seiner Klassenpolitik, seiner internationalen Solidarität durch alle Stürme des Imperialismus treu zu bleiben. Nicht an Forderungen und Formeln, sondern an der Fähigkeit, hinter diese Forderungen den Willen und die Tat im Geiste des Klassenkampfes und der Internationalität zu setzen, hat es bei den sozialistischen Parteien der ausschlaggebenden Länder, vor allem bei der deutschen, gefehlt. Heute, nach allem, was wir erlebt haben, die Friedensaktion als eine Ausklügelung bester Rezepte gegen den Krieg auffassen, hieße, das Gefährlichste für den internationalen Sozialismus feststellen: nämlich, daß er trotz aller grausamen Lehren nichts gelernt und nichts vergessen hat.

Auch hierfür finden wir in Deutschland das Musterbeispiel. In der „Neuen Zeit“ stellte jüngst der Reichstagsabgeordnete Hoch ein Friedensprogramm auf, das er — wie ihm ein Parteiorgan bezeugte — mit großer Herzenswärme befürwortete. In diesem Programm fehlte nichts: weder eine nach Nummern aufgezählte Liste von „Forderungen“, die den künftigen Kriegen auf schmerzlose und sichere Weise vorbeugen sollen, noch eine sehr überzeugende Darlegung, daß der baldige Friede möglich, notwendig und erwünscht sei. Nur eines fehlte: die Erklärung, daß und auf welchen Wegen für diesen Frieden gewirkt, mit Taten, nicht mit „Wünschen“ gewirkt werden soll! Der Verfasser gehört nämlich zu der kompakten Fraktionsmehrheit, die für Kriegskredite nicht bloß zweimal stimmte, sondern auch jedesmal diese Zustimmung als eine politische, vaterländische, sozialistische Notwendigkeit befürwortete und, vorzüglich eingedrillt in der neuen Rolle, bereit ist, mit derselben Selbstverständlichkeit weitere Kredite für die Fortführung des Krieges zu bewilligen. Im gleichen Atem materielle Mittel zur Fortsetzung des Krieges zu befürworten und die Wünschbarkeit des baldigen Friedens mit all seinen Segnungen zu preisen, „mit der einen Hand der Regierung das Schwert in die Faust zu drücken, mit der anderen den sanften Palmwedel des Friedens über der Internationale zu schwingen“, das ist ein klassisches Stück der praktischen Sumpfpolitik, wie sie theoretisch in derselben „Neuen Zeit“ propagiert wird.

Wenn die Sozialisten neutraler Länder, wenn z. B. die Kopenhagener Konferenz die Ausarbeitung von Friedensforderungen und Friedensrezepten auf dem Papier in allem Ernst für eine Aktion zur baldigen Beendigung des Krieges hält, so ist das eine verhältnismäßig harmlose Verirrung. Die Erkenntnis der springenden Punkte in der gegenwärtigen Situation der Internationalen und der Ursachen ihres Zusammenbruchs kann und muß Gemeingut aller sozialistischen Parteien werden. Die rettende Tat zur Wiederherstellung des Friedens wie der Internationalen kann nur von den sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder ausgehen. Der erste Schritt zum Frieden wie zur Internationale ist hier die Umkehr auf der Bahn des Sozialimperialismus. Und wenn die sozialdemokratischen Parlamentarier weiter die Mittel zur Kriegführung bewilligen, so sind ihre Friedenswünsche und Friedensrezepte und ihre feierlichen Erklärungen „gegen jede Eroberungspolitik“ im einzelnen das, was die Kautskysche „Internationale“, deren Mitglieder sich „nichts vorzuwerfen haben“ und die sich periodisch brüderlich umarmen oder sich die Hälse ab-

schneiden, nämlich — eine Heuchelei und, was schlimmer noch — ein Wahngebilde. Auch hier haben die Dinge ihre eigene Logik. Mit der Bewilligung der Kriegskredite liefern die Hochs die Zügel aus der Hand und bewirken so gut das Gegenteil vom Frieden, nämlich das „Durchhalten“, wie die Scheidemanns, die durch die Befürwortung des „Durchhaltens“ tatsächlich die Zügel an die „Post“-Leute ausliefern und so das Gegenteil ihrer feierlichen Erklärungen gegen „jede Eroberungspolitik“ bewirken, nämlich die Entfesselung der imperialistischen Instinkte — bis zum Verbluten. Auch hier gibt es nur ein Entweder — Oder: entweder Bethmann-Hollweg oder — Liebtnecht. Entweder Imperialismus oder Sozialismus, wie ihn Marx verstand.

Wie in Marx selbst der scharfe historische Analytiker und der kühne Revolutionär, der Mann des Gedankens und der Mann der Tat, unzertrennlich miteinander verbunden waren, einander unterstützten und ergänzten, so hatte der Marxismus als sozialistische Lehre zum ersten Male in der Geschichte der modernen Arbeiterbewegung die theoretische Erkenntnis mit der revolutionären Tatkraft des Proletariats gepaart, die eine durch die andere durchleuchtet und befruchtet. Beide gehören gleichmäßig zum innersten Wesen des Marxismus; jede, getrennt von der anderen, verwandelt den Marxismus in ein trauriges Zerrbild seiner selbst. Die deutsche Sozialdemokratie hat im Laufe eines halben Jahrhunderts von der theoretischen Erkenntnis des Marxismus die reichsten Früchte geerntet, durch ihre Säfte einen mächtigen Körper groß gezogen. Gestellt vor die größte historische Probe, eine Probe, die sie obendrein theoretisch mit der Sicherheit eines Naturforschers vorausgesehen und in allen wesentlichen Zügen vorausgesagt hatte, versagte ihr völlig das zweite Lebelement der Arbeiterbewegung: der tatkräftige Wille, um die Geschichte nicht bloß zu verstehen, sondern sie auch zu machen. Mithamt ihrer mustergültigen theoretischen Erkenntnis und organisatorischen Kraft wurde sie, vom Wirbel des geschichtlichen Stroms erfasst, im Nu wie ein steuerloses Boot umgedreht und unter die Winde des Imperialismus gestellt, gegen die sie sich zum rettenden Ufer des Sozialismus vorwärts arbeiten sollte. Die Niederlage der gesamten Internationalen war schon mit diesem Mißgeschick ihres „Vortrupps“, ihrer geschuldesten, stärksten Elite, selbst ohne die Irrungen anderer gegeben.

Ein welthistorischer Zusammenbruch ersten Ranges, der die Befreiung der Menschheit von der Herrschaft des Kapitalismus in gefährlicher Weise verwickelt und verzögert. Wenn es aber so kommen mußte, so ist dennoch der Marxismus daran völlig unschuldig. Und alle Versuche, ihn heute dem augenblicklichen Marasmus der sozialistischen Praxis anzupassen, ihn zum feilen Apologetikum des Sozialimperialismus zu prostituieren, sind gefährlicher selbst als alle offenen und schreienden Erzesse der nationalistischen Verirrung in den Reihen der Partei; diese Versuche führen dahin, nicht bloß die wirklichen Ursachen des tiefen Falls der Internationalen noch zu verbergen, sondern auch die Quellen ihrer künftigen Aufrichtung aus diesem Fall zu verschütten. Die Internationale wie ein Friede, der dem Interesse der proletarischen Sache entspricht, können nur aus der Selbstkritik des Proletariats geboren werden, aus seiner Besinnung auf die eigene Macht, jene Macht, die am 4. August wie ein schwankes Rohr vom Sturm gepelzt knickte, die aber, zu ihrer wahren Größe aufgerichtet, geschichtlich berufen ist, tausendjährige Eichen des sozialen Unrechts zu brechen und Berge zu

versehen. Der Weg zu dieser Macht, — nicht papierne Resolutionen — ist zugleich der Weg zum Frieden und zum Wiederaufbau der Internationalen.

Der Aufsatz der Genossin Luxemburg ist schon im Anfang des Februar verfaßt worden. Da sie seit ihrer Inhaftierung nichts mehr daran ändern kann, halte ich mich zu der tatsächlichen Bemerkung verpflichtet, daß Kautsky seitdem bestritten hat, für die Kriegskredite plädiert zu haben. In einer Polemik sagt er selbst über seine damalige Stellung: „Ich glaubte, die Schwierigkeiten der Situation ließen sich am ehesten vermeiden durch Stimmenthaltung. Da diesem Wege weder die Mehrheit noch die Minderheit zustimmte, erkläre ich es mir zum mindesten erwägenswert, die Entscheidung von der Gewährung von Garantien abhängig zu machen.“ Dazu bemerkt das „Hamburger Echo“, von dem ein oder gar zwei Redakteure der Reichstagsfraktion angehören: „Durchaus zuverlässige Parteigenossen, sichere Beobachter, sagen übrigens: Kautsky hat bei den offiziellen Besprechungen, zu denen er hinzugezogen war, gar keine Stimmenthaltung ernsthaft empfohlen. Hat ers getan, so vielleicht in einer Kaffeegrunde der Unverantwortlichen.“ Darauf ist keine Antwort mehr erfolgt. Siehe Nr. 50 des „Hamburger Echo“ vom 28. Februar d. J.

Ferner ist zu ergänzen, daß Genosse Hoch am 20. März zu der Fraktionsminderheit gehörte, die vor der Abstimmung den Reichstagsaal verließ, da er nicht den Etat und auch nicht zehn, sondern nur fünf Milliarden neuer Kriegskredite bewilligen wollte. J. M.

Wer zahlt die Kriegskosten?

Von Johannes Kämpfer.

Als im Januar dieses Jahres über die finanziellen Verhandlungen zwischen Rußland, England und Frankreich berichtet wurde, fügte die „Frankfurter Volksstimme“ der Notiz die Bemerkung bei: „Mögen sie borgen und bezahlen! Wir kämpfen und arbeiten.“ — Stolz lieb ich den Spanier!

Indessen scheint es an der Zeit, daß man auch in Deutschland sich etwas mit der Frage des Bezahleus beschäftigt, nachdem das Borgen mit Hilfe der sozialdemokratischen Fraktion besorgt ist. In der kapitalistischen Welt ist nun einmal der Krieg im hohen Grade eine Geldsache, und das Proletariat ist insofern ganz besonders an der Frage interessiert, als ihm in erster Linie das Bezahlen überlassen zu werden pflegt. Die deutsche Sozialdemokratie hat den Militarismus sehr eingehend mit dem Hinweis auf seine Kosten bekämpft, hat reichlich hierbei zuweilen sogar des Guten zu viel getan, weil die Erörterung anderer Seiten dabei zu kurz kam. Aber die Frage zu misachten, wer die Kosten des Krieges aufzubringen hat, wäre von Grund aus falsch.

Die Finanzfragen, um die es sich hier handelt, sind aufs engste mit den allgemein wirtschaftlichen Fragen verknüpft. Welche wirtschaftlichen Folgen der Krieg zeitigt, soll hier nicht eingehend erörtert werden, nur muß der Illusion entgegengetreten werden, als ob tatsächlich das wirtschaftliche Getriebe intakt geblieben ist. Fürwichtige Kritiker behaupten es allerdings. Ihnen imponiert über alle Maßen, daß „die Maschine

läuft“. Nun, wenn man Kies zwischen die Mühlsteine schüttet, wird die Mühle sehr energisch klappern, nur ist das Resultat, daß statt Mehl — Sand entsteht und die Mühle ruiniert wird. Der „gute Geschäftsgang“, der in allen kriegführenden Ländern gemeldet wird, ist indessen ein solches Mahlen von Kies statt Korn. Das Getriebe wird künstlich aufrecht erhalten, weil der moderne Krieg eine Unsumme von Zerstörungsmitteln erfordert, die das Produkt menschlicher Arbeit sind. Es ist jedoch volkswirtschaftlich genommen eine unbedingt unproduktive, ja schädliche Arbeitsleistung: statt zu bereichern führt sie zur Verarmung. Millionen Männer widmen sich in Europa dem Werke der Zerstörung und weitere Millionen schaffen, um die Zerstörungswerkzeuge zu liefern. Eine gigantische Vergeudung von Stoff und Kraft, die die kriegführenden Völker ärmer machen wird. In Geld gerechnet dürfte der Krieg, wenn man nicht nur die unmittelbaren Kosten rechnet, sondern auch die Verwüstungen und die Verluste an Menschenleben veranschlagt, viele hundert Milliarden Mark kosten.

Trotzdem geht die Akkumulation von Kapital vor sich. In jedem Kriege des kapitalistischen Zeitalters haben sich bestimmte Gruppen, insbesondere die Heereslieferanten, bereichert und in diesem Kriege scheint das in nie dagewesenem Maßstabe vorzukommen. Wenn aber bei der allgemeinen Verarmung bestimmte Kreise sich im Gegenteil bereichern — und diese Bereicherung dürfte sich auf viele Milliarden belaufen — so ist das nur möglich, weil die Verarmung die großen Massen der werktätigen Bevölkerung trifft: viele Tausende von Bauern und Kleinbürgern wird der Krieg in die Reihen des Proletariats hinabstürzen, während die Arbeiterschaft ihre Spargroschen verliert (am verhängnisvollsten, fürchten wir, dürfte die Aufzehrung der Kampffonds der gewerkschaftlichen Organisation sein), darüber hinaus aber infolge der Unterernährung an Lebenskraft einbüßt, was besonders für die heranwachsende Generation verhängnisvolle Folgen haben muß.

Wenn nun vom Bezahlen der Kriegskosten die Rede ist, so ist zu beachten, daß dieser Krieg in noch höherem Maße, als jeder frühere, auf Kredit geführt wird. Der Geldumlauf erhält eine ganz besondere, verzerrte Form. Den Regierungen der kriegführenden Staaten sind Kredite von vielen Milliarden zur Verfügung gestellt. Es geschieht nicht in der Form, daß ihnen Geld eingehändigt wird, denn so viel Geld, wie die Kriegsanleihen betragen, gibt es überhaupt nicht, sondern es wird diesen Regierungen durch finanzielle Abmachungen die Verfügung über Kapital überlassen. Das gelingt um so leichter, als die Kapitalseigner vielfach während des Krieges infolge des Brachliegens der industriellen Produktion, für das Umlaufkapital keine Verwendung haben. Die Regierungen verausgaben das Kapital, indem sie Kriegsmaterial kaufen, den Millionen Soldaten Unterhalt gewähren und auch einen großen Teil der Familien dieser Soldaten unterstützen. Von den verausgabten Summen bleibt ein sehr gewichtiger Teil in den Händen der Unternehmer, der Kriegslieferanten, alles andere dient der „Konsumtion“, nämlich dem Verbrauch zu absolut unproduktiven Zwecken. Dieses Kapital muß indessen zurückgezahlt und verzinst werden und die Rechnung wird nach dem Kriege präsentiert.

Die Anschauung, als ob der niedrigergerungene Feind diese Kosten zu tragen haben wird, indem er Kriegsschädigung entrichtet, kann nur von Leuten gehegt werden, denen jeder Einblick in die wirtschaft-

lichen und finanziellen Verhältnisse fehlt. Seit den napoleonischen Kriegen sind Kriegsschädigungen in großem Maßstabe nur in zwei Fällen gezahlt worden: Frankreich mußte 1871 an Deutschland 4 Milliarden Mark zahlen und China wurde nach der Expedition von 1901 eine Kontribution auferlegt, die es heute noch nicht abgezahlt hat. In dem Krimkriege, dem französisch-italienischen, spanisch-amerikanischen, in den Balkankriegen und im Transvaal-Kriege wurden Entschädigungen überhaupt nicht gezahlt, 1866 zahlte Oesterreich an Preußen die Lappalie von 20 Millionen Talern. Frankreich mußte 1871 die harte Bedingung eingehen, denn es war militärisch niedergeworfen, und es konnte sich darauf einlassen, daß es wirtschaftlich während des kurzen Feldzuges verhältnismäßig wenig gelitten hatte. Es war damals das zweitreichste Land in Europa und konnte durch die Zahlung andere Härten der Friedensbedingungen abwenden. — Heute liegen die Dinge so, daß bereits jetzt alle kriegsführenden Länder wirtschaftlich schwer gelitten haben; die Kosten der Kriegführung sind enorm und ein jedes dieser Länder wäre vollständig erschöpft, wenn es außer den eigenen auch die Kosten des Siegers tragen müßte. Das würde den Ruin bedeuten, den Staatsbankrott und damit eine gewaltige wirtschaftliche Schädigung der Besitzenden des betreffenden Landes. Die Zahlung einer Kriegsschädigung zur Friedensbedingung machen, bedeutet daher den äußersten Widerstand dieser Besitzenden herausfordern; die unterliegende Partei würde diese Bedingung nur dann annehmen, wenn sie militärisch vollständig vernichtet, auf Gnade und Ungnade ausgeliefert wäre. Es kommt hinzu, daß eine solche wirtschaftliche Vernichtung des Gegners den Sieger selbst schädigen müßte. Denn bei den intensivsten wirtschaftlichen Beziehungen, die heute unter den einzelnen kapitalistischen Ländern bestehen, bedeutet der Ruin eines von ihnen die Schädigung auch der anderen: Verlust an Kapital, das in diesem Lande investiert ist und Verlust des Absatzmarktes. — Vor allem stehen indessen die Dinge bisher so, daß ein vollständiger Sieg einer der ringenden Staaten-Gruppen, bei dem jede Bedingung von der unterliegenden Gruppe angenommen werden muß, außer dem Bereich der Möglichkeit zu liegen scheint.

Annektionen von Gebietsteilen, wie sie von kriegswütigen Politikern gefordert werden, bedeuten unter keinen Umständen finanziellen Gewinn für den annektierenden Staat, da es sich nur um Gebiete handeln könnte, die durch den Krieg wirtschaftlich ruiniert sind. Sollten aber die „Kompensationen“ in der Aneignung kolonialer Gebiete gesucht werden, so bedeutet das eine finanzielle Belastung, weil Kolonien stets Ausgaben für den beherrschenden Staat bedeuten.

Somit ist es wohl als sicher anzunehmen, daß schließlich jedes Land, das als selbständiger Staat nach diesem Kriege bestehen bleibt, die Kosten seiner Kriegführung selbst zu tragen haben wird.

Wie hoch diese sein werden, läßt sich heute keineswegs genau schätzen, vor allem, weil bisher das Ende des Krieges noch gar nicht abzusehen ist. Immerhin dürfte es nützlich sein, sich ein wenn auch entfernt richtiges Bild über die finanziellen Folgen des Krieges vor Augen zu halten. Versuchen wir, es für Deutschland zu skizzieren.

Die Kriegskosten im gewöhnlichen Sinne, d. h. die Ausgaben, die der Regierung aus der Kriegführung entstehen, sind nicht genau bekannt. Die Schätzungen gehen ziemlich weit auseinander. In dem

englischen Fachblatt „The Economist“ werden sie für Deutschland auf 47 Millionen Mark pro Tag geschätzt, also 1,41 Milliarden im Monat, während Professor Julius Wolff sie auf täglich 40 Millionen, also 1,2 Milliarden pro Monat veranschlagt. Nehmen wir die niedrigere Schätzung an, so haben die verfloßenen acht Kriegsmomente 9,6 Milliarden Mark Kosten verursacht.

Zur Deckung dieser Kosten hat sich die Regierung Kredit im Betrage von 20 Milliarden Mark bewilligen lassen und der neue Schatzsekretär, Herr Helfferich erklärte, daß diese Summe bis in den Herbst ausreichen werde. — Dieser Kriegskredit ist nicht billig. Die Anleihen werden mit 5 Prozent verzinst und unter *pari* begeben. Im Reichshaushaltswurf ist denn auch für die Verzinsung der 20 Milliarden die runde Summe von einer Milliarde angesetzt. Das dürfte jedoch nicht die ganzen Kosten des „Schuldendienstes“ darstellen. Bisher hat man zwar in der Finanzwirtschaft des Reiches die Frage der Schuldentilgung auf die leichte Achsel genommen: es wurde wiederholt (bei den „Finanzreformen“ von 1906 und 1909) beschlossen zu tilgen, aber es blieb bei den guten Vorsätzen; faktisch wurde nichts von der Schuld abgetragen, sondern sie wurde in den letzten Jahren beständig erhöht. Nach Beendigung des Krieges kann es unmöglich so weiter gehen, denn man würde den Kredit des Reiches in Grund und Boden zerstören, wenn man nicht endlich mit der Schuldentilgung ernst macht. Das muß um so mehr geschehen, da voraussichtlich weitere Anleiheoperationen vorgenommen werden müssen. Ein Teil der bisherigen Anleihen ist als „Schatzweisungen“ aufgenommen worden, d. h. als befristeter Kredit: dieser Teil der Anleihen soll in den Jahren 1920 bis 1922 zurückgezahlt werden. Daß es möglich sein sollte, bis zu dieser Zeit ein paar Milliarden Ueberschüsse herauszuwirtschaften, die für die Rückzahlung verwendbar wären, scheint recht fraglich; man wird also die befristete Anleihe in eine dauernde verwandeln, d. h. man wird von neuem borgen um die fällige Schuld zu zahlen. Rechnen wir nun nur mit einer Tilgungsquote von 1 Prozent, so sind das auf die 20 Milliarden Mark Kriegsschuld 200 Millionen. Verzinsung und Tilgung werden also nach dem Kriege mindestens 1200 Millionen Mark Ausgaben erfordern.

Zu berücksichtigen ist auch, daß die Einzelstaaten ebenfalls Ausgaben für Kriegszwecke zu bestreiten haben, die sie durch Anleihen decken müssen. Preußen hat sich einen Kredit von einer Milliarde bewilligen lassen, die übrigen Einzelstaaten werden sicher nachkommen. Es ist wohl zu hoffen, daß nach dem Kriege das verworrene Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten endlich geordnet wird; aber wie immer es geschieht, diese Kriegsausgaben werden schließlich die Reichsfinanzen belasten, Verzinsung und Tilgung dieser einzelstaatlichen Anleihen werden aus Reichsmitteln zu zahlen sein, die Summe von 1200 Millionen Mark jährlicher Ausgaben dürfte sich also noch erheblich erhöhen. Doch lassen wir dies vorerst außer Betracht.

Eine weitere unvermeidliche Ausgabe ist die Versorgung der Kriegsinvaliden und der Hinterbliebenen der gefallenen Kriegsteilnehmer. Nach dem deutsch-französischen Kriege wurde aus der Kriegsentuschädigung der Kriegsinvalidenfonds in Höhe von 561 Millionen Mark gebildet. Dieses Kapital wurde zinstragend angelegt (in Eisenbahnobligationen). Die Zinsen reichten indessen nicht aus um die Ausgaben zu bestreiten, sondern es mußte das Kapital angegriffen werden.

Im Jahre 1911 war der Fonds aufgebraucht und die Kosten der Unterstützung der Invaliden von 1870 und ihrer Angehörigen mußten auf das Reich übernommen werden. Im Etat für das Jahr 1914/15 sind diese Ausgaben mit 27 435 000 Mark angelegt. Zu versorgen sind 2303 Offiziere und Beamte, 22 782 Feldwebel, Unteroffiziere und „Gemeine“, außerdem 1071 Witwen und Waisen der Offiziere, 12 146 der „Gemeinen“; insgesamt 37 302 Personen. Pro Person beträgt die Unterstützung danach rund 735 Mark. Die gezahlten Unterstützungen sind zwar durch das Gesetz von 1906 aufge bessert worden, aber sie können auch heute noch nicht für genügend gelten angesichts der seither eingetretenen Verminderung der Kaufkraft des Geldes. Nach dem Kriege ist eine Verteuerung des Lebensunterhaltes todsicher zu erwarten und man wird die Unterstützungssätze erhöhen müssen, wenn nicht die Kriegsopfer bittere Not leiden sollen. — Das Rechenexempel lautet also: wenn 43 Jahre nach dem Kriege, wo bereits die meisten Invaliden und Witwen der Gefallenen verstorben sind, noch 27,4 Millionen aufgewendet werden, wie hoch wird die Aufwendung nach diesem Kriege sein, unter Berücksichtigung, daß die Zahl der Kriegsteilnehmer um ein vielfaches größer ist, daß der Krieg bei weitem blutiger ist, daß die Zahl der hoffnungslos im Siechtum verfallenen Soldaten angesichts der Form des Kampfes wahrscheinlich riesengroß sein wird, daß schließlich die Kaufkraft des Geldes eine geringere geworden ist? Sehen wir das Dreißigfache der im jetzigen Etat figurierenden Summe an, so ist das kaum zu hoch geschätzt und wir erhalten bereits die Summe von 723,05 Millionen Mark. — Prüfen wir nach anderer Rechnungsweise nach. Da anerkanntermaßen die Durchschnittsunterstützung von 736 Mark nicht ausreicht, wird man mit einem Durchschnitt von 1000 Mark zu rechnen haben. Dies um so mehr, da die Zahl der invaliden Offiziere und der Offizierswitwen und Waisen, die ein gesetzliches Recht auf Pensionen haben, abfolut und im Verhältnis zur Gesamtzahl sehr groß sein wird. Die Summe von 723 Millionen reicht dann für 723 000 Personen. Die Zahl der Verluste im französischen Kriege betrug an Toten und Verwundeten 129 700 Mann. Die Stärke der im Felde stehenden Armee dürfte heute um mindestens das Vierfache größer sein als damals (es standen 1870 rund 1 146 000 Mann im Felde). Die Verluste an Schwerverwundeten sind heute angesichts der Artilleriekämpfe relativ größer und der Krieg dauert jetzt schon länger als jener von 1870. Dazu kommt, daß auch die Zahl der Witwen und Waisen jetzt relativ größer sein dürfte, weil der Prozentsatz der Familienväter unter den Soldaten größer ist als damals. Somit erscheint die Zahl von 723 000 infolge des Krieges unterstützungsberechtigten Personen keineswegs übertrieben groß, sondern eher zu klein geschätzt. — Es dürfte daher der Bedarf für die Unterstützungen in den ersten Jahren des Krieges mit 750 Millionen Mark jährlich sicher nicht zu hoch veranschlagt sein. Von anderer Seite sind beträchtlich höhere Summen genannt: 800 Millionen bis zu einer Milliarde; wir sehen aber, um nicht der Uebertreibung geziehen zu werden, die genannte Summe in Rechnung: 750 Millionen Mark in den ersten Jahren nach dem Krieg.

In den Kriegsausgaben von 20 Milliarden Mark ist nichts weiter einbegriffen als die Kosten der Verpflegung der Armee und der Beschaffung von Kriegsmaterial aller Art. Selbstverständlich nützt sich das Kriegsmaterial ab und nach einem monatelangen Feldzug wird der größte Teil des Kriegsmaterials, von den Geschützen bis auf die Socken, der Erneuerung bedürfen. Das gilt insbesondere auch für die

Flotte. Selbst wenn nicht, wie bisher noch nach jedem Kriege, grundlegende Neuerungen in der Bewaffnung eintreten sollten, so werden die Kosten dieses Ersatzes sehr hoch sein. Schätzen lassen sie sich vorläufig kaum. Es hängt z. B. sehr viel davon ab, ob man nach den jetzigen Erfahrungen im Seekriege von neuem kostspielige Schlachtschiffe und obendrein Unterseeboote in gewaltiger Zahl bauen wird. Sicher ist nur, daß die Ausgaben hier enorm sein werden. Aber ebenso wird es Milliarden kosten, bis die Artillerieparks, die Zeughäuser und Magazine von neuem gefüllt sind, das Pferdmaterial ergänzt ist, die Flugzeuge, Luftschiffe, Automobile beschafft sind. Den Einwand, daß diese Ausgaben beschränkt werden können durch eine internationale Einschränkung der Rüstungen, dürften nur unverbesserliche Optimisten erheben. Die sozialen Machtverhältnisse verschieben sich nicht, es werden nach dem Kriege eher die Widerstände gegen den Militarismus geringer sein als bisher. Speziell in Deutschland bleibt formell die bisherige Reichstagsmehrheit bestehen, die an Bewilligungseifer nicht zu übertreffen ist. Man wird vielleicht zu dem Mittel greifen, diese Ausgaben auf einen längeren Zeitraum zu verteilen, indem man die Kosten vorerst durch weitere Anleihen deckt, so daß in den nächsten Jahren das Budget nicht durch die vollen Jahresraten der Ausgaben, sondern nur durch Zinsen und Tilgungsraten dieser Anleihe gedeckt wird. Indessen ist sehr fraglich, ob nach dem Kriege, wenn das Kapital wieder profitable Anlagen in Industrie und Gewerbe findet, derartige große Anleihen möglich sein werden. — Wir wiederholen, daß eine Schätzung dieser Neuausgaben schwer möglich ist. Wenn wir die Ausgaben über den bisherigen Militär- und Flotten-Etat hinaus mit 300 Millionen Mark jährlich ansehen, so ist das sicher viel zu niedrig.

Es kommt hinzu, daß die Kriegszeit im Reichshaushalt Defizite verursachen muß. Der neue Schatzsekretär stellte zwar in seiner Budgetrede für das ablaufende Finanzjahr 1914/15 einen Ueberschuß in Aussicht, fügte aber gleich hinzu, daß dieser nur auf dem Papier stehe. Es dürfte folgendes gemeint sein: von den Summen, die im Etat für Heer und Marine vorgesehen sind, kommt ein Teil in Fortfall, weil seit dem 1. August diese Ausgaben nicht aus den regelmäßigen Einnahmen bestritten werden, sondern aus den durch Anleihen aufgebrauchten Mitteln; dadurch verschoben sich die Etatsposten. In Wirklichkeit steht die Sache so: in den acht Kriegsmonaten sind sicher die Einnahmen des Reiches gewaltig zurückgegangen. Die Einnahme aus den Zöllen, die auf 713 Millionen veranschlagt war, wird stark reduziert, da in den Kriegsmonaten die Einfuhr auf ein Minimum gesunken ist und die Zölle für Lebensmittel aufgehoben sind. Auch die Einnahmen aus den Verbrauchssteuern (Bier-, Branntwein-, Tabak-Steuer) dürfte stark vermindert sein und ebenso jene aus den Stempelsteuern (Börsen-, Wertpapier-, Wechsel-, Grundstückübertragungs-Stempel). Auch die Einnahmen der Postverwaltung dürften stark zurückgegangen sein. Auf der anderen Seite sind die Ausgaben — auch abgesehen von den direkten Kriegskosten — sicher nicht zurückgegangen, sondern sie stellen sich höher. Zieht man von den Ausgaben im ordentlichen Etat — der für 1914/15 mit 3403 Millionen balanziert wurde — jene für Heer und Marine ab, so bleiben rund 1728 Millionen Mark als Kosten der Zivilverwaltung (darunter 751 Millionen für die Reichspost, 114,5 Millionen für die Verwaltung der Reichseisenbahnen, 145,3 Millionen für den Pensionsfonds, 249,4 Millionen für den Schuldendienst, 99,4 Millionen für das Reichsamt des Innern). In den acht Kriegsmonaten, die in

das Finanzjahr fallen, sind sicher manche Positionen überschritten worden (die Beamten beziehen einen Teil ihres Gehaltes fort, während die herbeigezogenen Hilfskräfte entlohnt werden müssen; die Ausgabe für Verzinsung der Reichsschuld steigt, weil die erste Anleihe, die im Oktober realisiert wurde, verzinst werden muß usw.) Es ist daher sehr fraglich, ob die Einnahmen auch nur die Ausgaben der Zivilverwaltung decken werden. Im neuen Finanzjahr, das mit dem 1. April 1915 beginnt, werden sich die Dinge ähnlich gestalten. Bei baldigem Friedensschluß könnte es möglich sein, daß die derart entstehenden Defizite aus den bisher bewilligten Anleihen gedeckt werden können; dauert der Krieg noch einige Monate, so scheint das sehr unwahrscheinlich und es müßten dann die Fehlbeträge aus den Einnahmen künftiger Jahre gedeckt werden. Eine konkrete Summe hier zu nennen ist vorläufig unmöglich.

Auch die Einzelstaaten und die Kommunen werden das Jahr mit großen Fehlbeträgen abschließen. Die Einnahmen aus den Bahnen und Bergwerken sind zurückgegangen. Ebenso die Einnahmen aus den direkten Steuern, aus der Einkommensteuer, der Vermögenssteuer, den Gewerbesteuern, schon weil ein großer Teil der Zensiten unter den Waffen steht und ein anderer verringertes Einkommen hat. Dagegen sind die Ausgaben, ganz besonders jene der Kommunen gewaltig gestiegen. Auch hier müssen die Fehlbeträge nachträglich durch Anziehen der Steuerfahrbau aufgebracht werden. Es verlautet denn auch schon manches über den finanziellen Notstand vieler Städte.

Rehren wir zu den Reichsfinanzen zurück so ergibt sich folgende Schätzung: es sind gegenüber dem Stande vor dem Kriege nach dem Kriege aufzubringen schätzungsweise jährlich:

zur Verzinsung und Tilgung der Kriegsanleihe	1200 Millionen Mark
zur Unterstützung der Kriegsinvaliden und Hinterbliebenen	750 " "
für Neuausrüstung von Heer und Marine	300 " "

Das sind zusammen 2250 Millionen Mark Mehrausgaben, wobei die Summe eher zu niedrig, als zu hoch geschätzt ist.

Nun balanziert der letzte vor dem Kriege aufgestellte Etat („ordentlicher“ und „außerordentlicher“) mit rund 3496 Millionen Mark. In dessen sind hier, abgesehen von einmaligen Einnahmen (Wehrbeitrag und Anleihe) durchlaufende Posten enthalten, die bei Deckung dieser Mehrausgaben nicht in Betracht kommen. Die Einnahmen der Postverwaltung z. B. werden bis auf einen bestimmten Uberschuß, der nicht erheblich gesteigert werden kann, von den Ausgaben verflungen. Nicht steigerungsfähig sind auch verschiedene Verwaltungseinnahmen. Zur Deckung neuer Ausgaben können nur die Zölle, Steuern und Gebühren herbeigezogen werden. Die Einnahmen aus dieser Quelle wurden im letzten Friedensjahre auf rund 1715 Millionen Mark veranschlagt. Sollen nach dem Kriege weitere 2250 Millionen Mark gedeckt werden, so bedeutet das, daß die Einnahmen aus Zöllen und Steuern mehr als verdoppelt werden müssen.

Der Stand der Reichsfinanzen ist bekannt. Er ist trostlos. Durch die große „Finanzreform“ des Jahres 1909 die auf Erhöhung der indirekten Steuern um 500 Millionen Mark hinauslief, wurde eine „Sanierung“ nicht herbeigeführt, denn es gelang trotz dieser Mehreinnahmen nicht, die Budgets der folgenden Jahre ohne neue Anleihen

ins Gleichgewicht zu bringen; von Schuldentilgung war keine Rede. Die Heeresvermehrungen der letzten Jahre erforderten Kosten, die das Budget immer von neuem in Verwirrung brachten, die Deckung gelang nicht. Man mußte schließlich zu dem ganz außergewöhnlichen Mittel des einmaligen „Wehrbeitrages“ greifen. Dieser trostlose Zustand ist zum Teil auf die fehlerhaften Grundlagen der deutschen Finanzwirtschaft zurückzuführen, auf das vertrackte Verhältnis der Reichs- zu den einzelstaatlichen Finanzen. Vor allem aber ergibt er sich daraus, daß die Steuerkraft der Bevölkerung erschöpft ist.

Optimisten, die da glauben, man werde nach dem Kriege zur Deckung der gewaltigen Mehrausgaben auf direkte Steuern zurückgreifen, die ausschließlich die Besitzenden treffen, geben sich unhaltbaren Illusionen hin. Die direkte Besteuerung ist in Deutschland, wenn man die einzelstaatlichen und kommunalen Steuern berücksichtigt, keineswegs niedrig zu nennen. Einer Erhöhung der sie treffenden Steuern werden die Besitzenden, solange sie in den Landtagen und im Reichstage die Mehrheit haben, sich sehr energisch widersetzen und daß nach dem Kriege das Verhältnis ein anderes wird, glaubt doch im Ernste wohl niemand. Uebrigens hat ja auch vorläufig noch der 1912 gewählte Reichstag bis 1917 das Heft in Händen und die Erfahrungen, die man mit seiner Mehrheit bei Verteilung der Steuerlasten gemacht hat, sollte unvergessen sein. Wer also auf realem Boden bleiben will, hat damit zu rechnen, daß die enormen Lasten, die der Krieg bringen muß, zum weitaus größten Teile der werktätigen Bevölkerung aufgebürdet werden. Die Frage kann nur sein, ob es durch einfache Anziehung der Schraube der indirekten Steuern geschehen wird, oder durch Einführung von ertragreichen Monopolen. Das Resultat bleibt das gleiche: Schmälerung des Einkommens der Massen dadurch, daß ihnen ein noch größerer Teil als bisher zugunsten des Staates abgezwaht wird.

Da ist die Frage von Bedeutung, wie denn dieses Einkommen sich nach dem Kriege gestalten dürfte. Daß eine kurze Periode günstiger wirtschaftlicher Konjunktur einsetzen wird ist möglich. Es gilt eben, vieles was der Krieg einreißt, neu aufzubauen. Nur darf nicht vergessen werden, daß erstens alle Länder Europas, auch die neutralen, schwer gelitten haben, überall die Verarmung eingetreten ist und deshalb der Aufschwung nicht stürmisch sein kann. Von einer Wiederkehr der Zustände, wie sie dem Kriege von 1870 folgten, dürfte kaum die Rede sein. Damals erhielt die deutsche Industrie durch die neugeschaffene politische Einheit einen gewaltigen Anstoß und ganz Europa stand ihr als aufnahmefähiges Absatzgebiet offen, da außer Frankreich kein Land durch jenen Krieg wirtschaftlich gelitten hatte. Außerdem sind heute die Produktionskräfte der Industrie riesenhaft entwickelt. Der Bedarf der entsetzt wird, um den Wiederaufbau des zerstörten zu bewerkstelligen und das Manko an Gütern zu decken, das durch Brachliegen der Güterproduktion während des Krieges entstand, wird daher sehr bald überholt werden, die Ueberproduktion wird nicht lange auf sich warten lassen. Ob unter diesen Umständen der Geldlohn erheblich steigen wird, bleibt abzuwarten. Ein paar hunderttausend arbeitsfähige Männer werden freilich weniger auf dem Arbeitsmarkt sein, als vor dem Kriege. Aber die Tendenz zur Ersetzung von lebendigen Arbeitskräften durch Maschinerie einerseits, die festgefüigten Organisationen der Unternehmer andererseits, wirken heute der Lohnsteigerung sehr wirksam entgegen auch bei wirtschaftlicher Hochkonjunktur. Auf der anderen Seite ist eines sicher: die Teuerung wird auch nach dem

Kriege anhalten. Die landwirtschaftliche Produktion wird schwer durch den Krieg beeinflusst. Rußland wird wahrscheinlich Jahre brauchen, ehe es die gleichen Massen von Produkten auf den Markt werfen kann; wichtige Gebiete in Polen, Ostpreußen, Galizien, Belgien, Nordfrankreich sind verwüstet; in Deutschland wird der Viehbestand dezimiert. Dabei war in den letzten fünfzehn Jahren das Angebot an Ackerbauprodukten im Verhältnis zum Bedarf des Weltmarktes knapp, was die Hauptursache der Teuerung war; diese Knappheit wird jetzt gesteigert. Auf dem Marke der Lebensmittel genügt aber eine geringe Verschiebung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage im Sinne geringerer Versorgung, um stark preissteigernd zu wirken. Die alte Erfahrung, daß Krieg Teuerung nach sich zieht, dürfte — befürchten wir — sich diesmal in unheimlichem Maße bestätigen. Ob eine Steigerung des Geldlohnes eintritt, ist zum mindesten fraglich, die Verteuerung des Lebensunterhaltes infolge der Lage des Weltmarktes ist sicher. Kommt dazu eine weitere Verteuerung wichtiger Lebens- und Genußmittel durch indirekte Steuern und eine Verringerung des Einkommens durch direkte Steuern — diese treffen bekanntlich auch die Arbeiter empfindlich genug — so ist eine Herabsetzung der Lebenshaltung der Massen unvermeidlich. Die Lebenshaltung der Arbeiterklasse in Deutschland ist indessen schon seit langer Zeit so schlecht, daß die Hygieniker mit Besorgnis die Abnahme der Volkskraft infolge Unterernährung konstatiert haben. Die Arbeiterklasse wird den Krieg mit Abnahme ihrer Lebenskraft zu zahlen haben.

„Sozialismus wohin wir blicken!“

Von Paul Lange.

Die deutschen Gewerkschaften haben gemeint, im allgemeinen für die Kriegszeit auf Kämpfe für höhere Löhne verzichten und sich darauf beschränken zu müssen, Verschlechterungen des Arbeitsverhältnisses abzuwehren. Der Belagerungszustand engt jedoch auch in dieser Beziehung ihre Bewegungsfreiheit ein. Er wird in den einzelnen Landesteilen verschieden gehandhabt: Versammlungen sind in den meisten Bezirken mit behördlicher Genehmigung gestattet, werden aber in anderen Gegenden überhaupt verboten. Das gilt nicht nur für öffentliche, sondern auch für Mitglieder-Versammlungen der Gewerkschaften. Gleichwohl aber sind einzelne kleinere wilde Streiks, d. h. solche, die nicht durch eine Organisation geführt werden, nicht ausgeblieben. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ (20. Februar 1915) berichtet über drei solche Fälle aus Oberschlesien; an dem einen waren 870 Bergarbeiter beteiligt. Die deutschen Gewerkschaften haben sich ferner bemüht, die Arbeiter als Berater zu schützen. Niemand wird diese Bemühungen bestreiten, die sich weniger durch die Agitation unter den Massen, als in Verhandlungen der Gewerkschaftsführer mit den Behörden äußerten. Wohl aber macht sich das Bestreben bemerkbar, von sozialen Errungenschaften zu reden, die tatsächlich nicht vorhanden sind.

Wenn auch das polizeiliche Vorgehen gegen die Gewerkschaften als „politische Vereine“ zunächst eingestellt worden ist, so hat doch der

preußisch-deutsche Staat von seinen Machtbefugnissen nichts an sie abgetreten. Ein sozialdemokratischer Rechtsanwalt, der auf einem früheren Gewerkschaftskongresse über die Bedrückung der Gewerkschaften klagte, hat neuerdings seine Freude über die „offizielle Anerkennung der Gewerkschaften“ ausgesprochen. In der Tat waren die herrschenden Gewalten klug genug, die freien Gewerkschaften überall dort zur Mitarbeit heranzuziehen, wo sie ihrer zur Durchführung von Staatsnotwendigkeiten bedurften. Daher gleich nach Kriegsausbruch die Verhandlungen zwischen Gewerkschaftsführern und Regierungsvertretern über die Beschaffung von Arbeitskräften für die noch unerledigten Erntearbeiten; daher das Zusammenarbeiten von Regierungs- und Gewerkschaftsvertretern beim Kartoffelbau auf dem Tempelhofer Felde usw. Dort, wo man ohne die Gewerkschaften auszukommen glaubte, hat man sie nicht herangezogen. Dafür einige Beispiele: Die Reichs-Mehlverteilungsstelle besteht nur aus Staatsbeamten und Unternehmern. In den geschäftsführenden Körperschaften der Trockenkartoffel-Verwertungsgesellschaft, die aus zahlreichen Rittergutsbesitzern und der Spirituszentrale besteht, hat kein Arbeitervertreter Sitz und Stimme; lediglich in ihrer Sachverständigenkommission finden wir als weißen Raben den Namen des Geschäftsführers eines Arbeiterkonsumvereins. Da dieser Gesellschaft vom Reiche bestimmte Vorrechte verliehen worden sind, hätte man glauben dürfen, daß ihre Geschäftsführung nicht nur den Produzenten überlassen würde. *) Es sind zwar einige Staatsbeamte darin vertreten; die politische, die gewerkschaftliche und genossenschaftlich organisierte Arbeiterschaft hat man aber nicht in angemessener Weise herangezogen. Deren Tätigkeit beschränkt sich auf untergeordnete Funktionen bei dem staatlich organisierten Vertrieb der Nahrungsmittel und auf das Reden halten hierüber.

Daß der Einfluß der Arbeiterschaft auf die Maßnahmen zur Sicherung der Nahrungsmittel nicht groß war, ergibt sich

*) Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei und die Generalkommission der Gewerkschaften haben sich am 24. Februar zu einem an die Adresse des Reichsamts des Innern gerichteten Protest genötigt gesehen. In dieser Petition wird die Trockenkartoffel-Verwertungsgesellschaft beschuldigt, der Preistreiberei nachzuhelfen. Es heißt dann darin weiter: „Es besteht aber auch nach einer anderen Richtung hin Anlaß, der Trocken-Kartoffel-Verwertungsgesellschaft mehr auf die Finger zu sehen. Das Geschäftsgebaren dieser Gesellschaft übersteigt alles, was im kaufmännischen Verkehr und im kapitalistischen Betriebe uns bisher begegnet ist. Die Gesellschaft verlangt von jedem, der mit ihr in Geschäftsverbindung tritt, eine Kaution, die im niedrigsten Betrag 10 000 Mark beträgt. Die Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine mußte eine Kaution von 50 000 Mark hinterlegen; von der Berliner Einkaufsgesellschaft der Bäckerinnung werden 20 000 Mark verlangt. Dieses Geschäftsgebaren schließt alle Kleinbetriebe als Abnehmer aus und stellt Geschäftsbedingungen auf, die selbst bei den schlimmsten Auswüchsen der Kartell- und Trustbestrebungen sich nicht hervor gewagt haben. Es ist uns jederzeit im Reichsamt des Innern mitgeteilt worden, daß die Gesellschaft unter der Kontrolle des Reichsamts des Innern stehe. Wenn die Kontrolle indessen nicht schärfer ausgeübt wird und energisch zugreift, dann wäre es besser, das Reichsamt des Innern überließ der Gesellschaft selbst die volle Verantwortung für ihr Tun. Wahrscheinlich würde sie dann mehr Rücksicht nehmen auf kaufmännischen Brauch und auf die Öffentlichkeit als jetzt, da sie sich durch die staatliche Aufsicht gedeckt weiß.“